

ENTFÜHRUNGEN

Berlin wird erpresst



Westerwelle in Sanaa

Eine politisch heikle Forderung der mutmaßlichen Entführer der deutschen Jemen-Geiseln bringt die Bundesregierung in Bedrängnis. Nach Angaben der jemenitischen Regierung verlangen die Geiselnnehmer unter anderem die Freilassung mehrerer Häftlinge, die von der Regierung in Sanaa dem Umfeld von al-Qaida zugerechnet werden. Die Islamisten sitzen derzeit in jemenitischen Gefängnissen und sollen im Gegenzug für die fünfköpfige Familie aus Sachsen freikommen, die im Juni von Unbekannten verschleppt wurde. Neben dem Gefangenen austausch fordern die Kidnapper ein Lösegeld in Höhe von zwei Millionen Dollar und Straffreiheit. Deutsche Sicherheitsbehörden sehen das äußerst kritisch, zwei ebenfalls verschleppte deutsche Krankenschwestern waren kurz nach der Entführung tot aufgefunden worden. Eine Freilassung islamistischer Terroristen wäre angesichts der zugespitzten Sicherheitslage international kaum vermittelbar – der Jemen gilt als Rückzugsraum und Schulungszentrum von al-Qaida. Vorige Woche spitzte sich die Lage weiter zu: Während das jemenitische Militär am Freitag nach offiziellen Angaben den militärischen Kommandeur der Qaida auf der Arabischen Halbinsel, Kassim al-Raimi, samt fünf weiteren Qaida-Kadern durch einen Luftschlag tötete, riefen 150 führende Geistliche im Fall der Invasion einer ausländischen Macht zum „heiligen Krieg“ auf. Im Gespräch mit Außenminister Guido Westerwelle (FDP) Anfang voriger Woche hatte Staatspräsident Ali Abdullah Salih zwar die Forderungen der Geiselnnehmer vorgetragen, er sprach aber nur allgemein von „Gefangenen“, die freigesetzt werden sollten. In Berlin wird die Ankündigung Salihis, seine Regierung habe über einen Emissär Verhandlungen mit den Entführern aufgenommen und werde den Fall bald lösen, mit Skepsis betrachtet – bislang konnte die Regierung kein aktuelles Lebenszeichen beschaffen.

AHMAD GHARABILI / AFP

UNION

Merkel empfängt katholische Rebellen

Bundeskanzlerin Angela Merkel will sich nun doch mit der Spitze des Arbeitskreises Engagierter Katholiken (AEK) in der Union treffen. Die Initiative des Publizisten Martin Lohmann hatte der CDU-Vorsitzenden mehrfach vorgeworfen, wertkonservative Positionen zu vernachlässigen. Außerdem hatte er be-

klagt, dass die katholischen Stammwähler unter der protestantischen Parteichefin Merkel zu wenig Beachtung fänden. Die Kanzlerin hatte den Arbeitskreis bislang mit Nichtachtung gestraft. Nachdem die Klagen über das mangelnde konservative Profil der Union lauter geworden waren, kündigte Merkel auf der Klausurtagung des CDU-Bundesvorstandes in der vergangenen Woche an, sich mit der Spitze des AEK treffen zu wollen. In Münchner CSU-Kreisen hieß es, auch Parteichef Horst Seehofer plane eine Unterredung mit der Spitze der katholischen Initiative.



Merkel

GEORG MORTIZ